

Die Halle vierteljährlich 2,50 Mk., bei
dreimonatiger Bestellung 2,75 Mk., durch
die Post 3,25 Mk., einschließlich Zustellungs-
gebühren. Bestellungen werden von allen
Nachschreibepunkten angenommen.
Im amtlichen Zeitungs-Verzeichnis
unter „Saale-Zeitung“ eingetragen.

Der unterhaltend eingehende Manuskript
wird für Gemeine übernommen.
Nachdruck nur mit Genehmigung:
„Saale-Ztg.“ gel. ist.

Verleger: Dr. Heinrich No. 1140;
Gesellschaftliche Str. 176; Verlagsstellen:
Halle (1) Nr. 205.

Saale-Zeitung.

Städtischer Anzeiger.

werden die Spaltenzahl oder deren
Raum mit 30 Pfg., jeder aus Halle mit
30 Pfg. berechnet und in der Geschäfts-
zeit, von untern Annahmestellen
und allen Annoncen-Expeditoren an-
genommen. Bestehen die Zeile 75 Pfg.

Erhalten möglichst postfrei,
Sonn- und Feiertags einmal,
sonst postfrei täglich.

Redaktion und Haupt-Verlags-
stellen: Halle, Gr. Braunschweigstr. 17;
Verlagsstellen: Markt 24.

Nr. 455.

Halle a. d. Saale, Freitag, den 28. September

1906.

Bezugs-Einladung.

Unsäglich des bevorstehenden Quartalswechsels laden wir zum Abonnement auf die

Saale-Zeitung

höflichst ein. Unsere Zeitung bedarf einer Darlegung ihres Programms oder Anpreisung ihres Inhaltes nicht. Sie ist anerkanntermaßen seit Jahrzehnten eine große und selbständige, von keiner Partei abhängige und von jeder für die Zusammenschließung aller liberalen Elemente eintretende Prohibitivzeitung, die, wie nur wenige derartige Blätter, in mehr oder weniger Beziehung den Vergleich mit der reichshauptstädtischen Presse ausstehen kann.

Im kommenden Quartal beginnt wieder das parlamentarische Leben, über dessen Begebenheiten von uns auf schnellstem Wege, erschöpfend und zuverlässig berichtet wird. Freimütige doch vornehme Stellungnahme zu allen politischen Vorgängen des In- und Auslandes werden der „Saale-Zeitung“ wie bisher ihre hervorragende Stellung unter den politischen Zeitungen Deutschlands bewahren. Ein ausgedehnter Redaktionsapparat und umfangreicher Nachrichtenapparat liefert für vollständige, zuverlässige und schnelle Verarbeitung aller Ereignisse in Stadt und Provinz Gewähr. Nicht Sensations- und Popularitätshaferei, sondern Objektivität und Gerechtigkeit bilden die Richtschnur!

Besondere Sorgfalt wird auf den **Handelsteil** verwendet, der stets bereits in der Abendausgabe die Nachrichten und sonstigen Nachrichten der Berliner und Leipziger Börse bringt. Ein erschöpfender Wochenbericht bietet eine gut orientierende Übersicht und Ergänzung der sonstigen umfangreichen Mitteilungen über alle wichtigen Ereignisse des Industrie- und Geldmarktes.

Die **tägliche Unterhaltungsbeilage** bringt neben einer Fülle von Novellen, Plaudereien und Essays eine Reihe von Romanen erster Autoren. Im den jetzt erscheinenden, mit so großem Beifall aufgenommenen Roman „**Funken unter der Asche**“ von M. Proßnitz wird sich „ein neuer Ortmann“:

„Versiegelte Pippen“

ein Roman, der als eines der besten Werke des allbekanntesten und beliebtesten Schriftstellers angeprochen werden darf, anschließen. Das Feuilleton, Theater, Musik, Literatur und Kunst werden wie bisher ganz besonders gepflegt werden. Eine Sonntagsbeilage: „**Blätter fürs Haus**“ sorgt für Belehrung auf den Gebieten von Haus und Garten.

So ist die **Saale-Zeitung**, die täglich zweimal erscheint, ein großes und reichhaltiges und doch billiges Blatt, das an Zuverlässigkeit und Gediegenheit von keiner anderen Zeitung Mitteleuropas überboten wird. Im Inseratenteil erfolgt die Veröffentlichung aller amtlichen Bekanntmachungen der Behörden.

Der vierteljährliche Abonnementspreis für die „Saale-Zeitung“ mit Einschluß sämtlicher Beiblätter beträgt bei untern Geschäftsstellen und auswärts durch Filialen 2,50 Mk. bei täglich einmaliger, 2,75 Mk. bei zweimaliger Zustellung, bei allen Kaiserlichen Postanstalten 3,25 Mk. Jetzt neu hinzutretende Abonnenten erhalten die „Saale-Zeitung“ bis zum Ende dieses Monats kostenfrei geliefert.

Verlag der Saale-Zeitung.

Bebel's Notan.

Die sozialdemokratische Partei hat ein Kapitel ihrer Entwicklung zum Abschluss gebracht, über das die „Genossen“ selbst wohl am wenigsten froh geworden waren. Mit der Jeneiner Revolutionsphantasie ist in Mannheim einseitig aufgeräumt worden. Freilich ruft sie noch in manchen unbeschriebenen Köpfen. Die blutige Glosa glaubt beispielsweise, „Gesellschaftsneubildung“ vollziehe sich am praktischsten bei chaotischen Zuständen wie denen Australiens, die für sie nun einmal einen besonderen Reiz haben. Aber im großen und ganzen hat sich doch der sozialdemokratische Parteienbau dieser halbverrückten Aufstellung der literarischen Entwicklung emancipiert und einer nüchternen Betrachtung der Welt sich zugänglich erwiesen. Das ganze Groß der Partei ist wie auf ein Kommandozeichen in der politischen Bewertung ihrer eigenen wie der gegnerischen Kräfte unangefallen. Kaunitz hat nur 22 Getreue gefunden, die für seine unerlässliche Parteidoctrin eintriften. Und Bebel, der die Partei in Dresden und Jena nach links gedrängt hatte, wie der Treiber hinter einer aufgeschobenen Herde mit geschwungenen Reithäuten beschreitend, erklärt auf einmal, von all dem nichts mehr zu wissen, will misverstanden und falsch beurteilt worden sein und meint, in solchen Fragen wie denjenigen des Massenstreiks solle dem Parteivorstand nur die Rolle des „Geschobenen“ zu. Daranhin werden gewiß die Radikalen ihn wieder weiter nach links zu schieben suchen, während die opportunistische Gruppe der Genossen in ihren Schiebungsverbindungen nach rechts, die so erfolgreich begonnen haben, jedenfalls nicht nachlassen werden, so daß nach Jahr und Tag wiederum eine und zwar wesentlich beträchtlichere Spannung vorhanden sein muß, wenn die Sozialdemokratie nicht durch eine falsche Politik der Regierung und der literarischen Parteien insgesam abwärts zusammengebrochen worden sein wird.

Der klägliche Rückwärts, mit dem die Sozialdemokratie sich im letzten Jahre in den Augen ihrer Anhänger schmählich diskreditiert hat, ist ein Zeichen ihrer vollendeten Schwäche. Einmal „himmelhoch jauchend“, gleich darauf „am Tode betriibt“, eben noch „Mittionisten und Optimisten“, bald hinterher „Schwarzheher und pessimisten“. Mannheim stand hinterher unter dem Zeichen des Pessimismus. Die Genossen wollten nicht mehr mitmachen. Sie bielten an der Kölner Resolution fest. Die selbst die Diskussion über den Massenstreik verweigert. Sie hatten sich auch dem Jeneiner Beschluß widersetzt, der den Massenstreik für zulässig erklärte. Sie waren erbitert über die nach Jena eingehende wilde Agitation, die ihre Organisationen in den Kampf drängen wollte, und erklärten, daß sie eine solche Katastrophopolitik nicht

mitmachen wollen und können. Sie waren im höchsten Grade unglücklich und kränkelnd über die Vergeßlichkeit, die ihnen seitens des Parteivorstandes durch Veröffentlichung des Geheimprotokolls widerfuhr und mußten außer diesem verächtlichen Angriff persönliche Beleidigungen Bebel's in der Presse erfahren, so daß sie die weitere Diskussion mit ihm zunächst ablehnten. In Mannheim sollte alles wieder eingeleitet werden. Dort tat Bebel den Zufall, der von ihm verlangt wurde. Er sprach selbst für Regens Amendement. Er bekämpfte die Resolution Kaunitz's, die er innerlich gut hieß. Regens schwerer Vorwurf, daß Bebel die Unmännlichkeit geäußert, aber er erklärte, der Silberförmliche Bericht im Geheimprotokoll der Generalkommission sei voller Verträge, und seitens Bebel keine Widersprüche. Bebel nahm die Aufzählung seitens des Gewerkschaftsführers zwar mit Protest hin, aber er nahm sie hin, ohne im Schlusswort darauf einzugehen. Zwar suchte Bebel schließlich den Schein zu retten, als sei die Partei Sieger in dem schweren Konflikt geblieben, als hätte nun durch die Veroppelung der Jeneiner Resolution mit der Kölner die Generalkommission der Gewerkschaften ihren Kölner Beschluß preisgegeben, modifiziert und im Sinne der Jeneiner Auffassung reifiziert, aber das gerade Gegenteil ist der Fall: nicht die Gewerkschaften gaben ihre Resolution preis, sondern der Parteitag seinen Jeneiner Beschluß und zwar insofern, als der Massenstreik für jetzt unzulässig erklärt wurde und der Partei anempfohlen wird, gegen diejenigen Elemente mit Ausschließung vorzugehen, die die Partei weiterhin auf die Bahn der Revolutionsromantik drängen wollen. Bebel hat sich also löblich unterworfen. Und es war außerdem noch ein harter Schlag gegen ihn, als Regens auf das Schlusswort vor Bebel als wertlos verzichtete. Dokumentierte doch damit der Gewerkschaftsführer, daß er überhaupt nicht, daß man Bebel's Klagen nicht noch ein berechtigtes Nachwort geben müsse. Bebel hätte dadurch zum Bewußtsein gebracht sein, wie festlich man in den Kreisen seiner Anhänger seiner Wahrheitsliebe gegenübersteht. Seine Autorität in den Kreisen der Genossen hat in dem letzten Jahre eine schwere Erschütterung erfahren, und ist auch in Mannheim nicht sonderlich wieder gefestigt worden. Alle diese Zustände aber erpären, daß die Gewerkschaften innerhalb der sozialdemokratischen Partei zu einer ausschlaggebenden Bedeutung gelangt sind, und der kommende Kampf der sozialdemokratischen Parteienbildung von dem in Dresden erklärten Ziele weitab führt wird.

Freilich, zu einem Optimismus gegenüber der Sozialdemokratie ist innerhalb der sozialistischen Gesellschaftskreise angelehnt der Mannheimer Abendung kein Grund vorhanden. Im großen und ganzen hatte Bebel's Nachgiebigkeit gegen

über den widerspenstigen Genossenschaften den Zweck, die ihm nahezu entglittenen Fäden der Partei wieder fest in die Hand zu bekommen, und so die Einheit der Bewegung aufrecht zu erhalten. Freilich wird diese Aufgabe für ihn immer schwieriger. Aber in Mannheim ist sie dem alten Umbauer der Volksfront durch seinen persönlichen Reiz im großen und ganzen noch einmal gelöst. Die Anarcho-Sozialisten, die Sozialisten Friedebeförderer Richtung werden in Zukunft wohl ihre eigenen Wege gehen müssen; mit ihnen wollen die zentralisierter Genossenschaften nur einmal nichts länger zu tun haben. Hier liegen die Reime zu einer neuen Parteibildung, die indes fürs erste nicht zu überschätzen sind. Sie werden erst dann stärker zur Geltung kommen, wenn durch eine entschiedene liberale Regierungspolitik in Preußen und dem Reich, durch eine Politik sozialer Reformen und sozialer unparteiischer Gerechtigkeit, die letzter jetzt noch oft vermisst wird, die Köstlichkeit der Opportunisten der Gewerkschaftsbewegung von dem radikalen Fäden eine bessere Grundlage erhält. Jedenfalls wäre es das Unvernünftige, auf die Mannheimer Forderung, die die Schwäche der Sozialdemokratie auch in den Igarmanischen Kreisen zur Erkenntnis gebracht haben muß, mit einer Revokation der Arbeiterfront zu antworten. Koalitionsrecht und Reichstagswahlrecht müssen unbedingt unangetastet bleiben. Es muß alles vermieden werden, durch eine Igarmanische Politik der Sozialdemokratie, die sich nach Beendigung ihrer revolutionärromanantischen Periode vollständig auf den Boden der friedlichen Entwicklung gestellt hat, neues Wasser auf ihre Mühlen zu geben. Die ersten Anfänge zu einer national befriedigenderen Entwicklung auf dem Gebiete der Sozialreform sind durch die Schwendung der Sozialdemokratie in Mannheim gemacht. Für die Regierung heißt es nun, geschickt handeln, damit eine soziale Belebung des nationalen Gesellschaftslebens in Zukunft möglich wird.

F. W.

Deutsches Reich.

Der Parteitag in Oberheim.

Auf dem Parteitag des Mitteleuropäischen Verbandes der freisinnigen Volkspartei in Oberheim hielt, wie bereits kurz erwähnt, Abg. Dr. Müller-Meinungen einen Vortrag über die politische Lage. Unsere Politik zeigt den Januskopf zweier konträrer Weltanschauungen. Heute leben wir im Zeichen des Fortschritts und unter Zukunft liegt auf dem Wahler, morgen eine glänzende Wirtschaftspolitik mit Ver-
brennungen aller Art; heute: „Freiheit des Denkens und der Bewegung“ ist jedem Deutschen verlobt; morgen: „Bestimmung des Ungehobenen“ durch äußere Macht! Heute folvorwert man: „Schärfsten Kampf gegen den übermächtigen Militarismus bringend nötig!“, morgen Telegramm an die Beiratsparade, Aufgehörungen der Intendanten des Reichsanzeigers, die: „Die Sozialdemokratie überfallen Sie mit“, morgen: „Reichslandparlamentarismus der Reichstagspartei ein liter. Pessimismus der Massen. Nicht in feinen gemächlichen wirtschaftlichen Streben und Ringen, nicht in der stillen Energie des deutschen Unternehmungsgeistes ruht das Volk die Sozialdemokratie, sondern gegenüber einer unfeindlichen und notwendigen Nationalpolitik.“ An der anschließenden Debatte richtete sich die Aufmerksamkeit einer Deutung durch ein starkes Parlament am meisten. Siegel der Zuhörer der Reichstagsdelegation in die internationalen Komplexionen, so leidet nicht nur das Volk, sondern auch die Sozialdemokratie, sondern des Reiches, eines liberalen Staatsgebildes, für welches die Autokratie hochgefahrlich ist.

Im Kampfe gegen die Reaktion auf politischen und offiziem Gebiete erklärt Müller-Meinungen ein taktisches Jena um einzubringen der liberalen Genossen für notwendig. Dagegen ist es unannehmlich mit der Sozialdemokratie nicht möglich. Der Jahn und Spott, den die Herren Reich und Jena um von der Sozialdemokratie andererseits für ihre Politik ernten, zeigt uns den Weg, der zurzeit allein gangbar ist. „Erit im eigenen Ueberleben Soule härter werden“, dann wird man uns das lichen, wo Sozialdemokratie unheilvoll wäre und man sich eben nicht. Reher plüdiert für innere Sammlungspolitik in liberaldemokratisch-gemeinsamer Arbeit unter Ausschaltung aller feindlichen persönlichen und ideologischen Zwifflitäten.

Nach dieser mit großem Beifall aufgenommenen Rede sprach Abg. Reich über die neue Steuerpolitik, deren Vorteile liegen in trüglichen Fäden den Nationalliberalen ins Gleichgewicht schied. Auf die Frage, wie die schlimmste Finanzlage des Reiches entstanden, sei zu erwidern, daß die Ausgaben, namentlich für die Marine, die von 85 Millionen im Jahre 1893 auf 284 Millionen stiegen im Jahre 1905 gestiegen sei, ins Unvergleichliche anwachsen. Die da lauten, daß sie für das Vaterlands Wohl alles bewilligten, wollten am wenigsten dafür bezahlen. Vorbereitung aber müße es sein, von vornherein bei allen Verwilligungen auch die Deckungsfrage zu regeln. Mit Reich's politisch ging Reich's Wort ein. Reich's Reher habe es gegeben, ein Goldstrom werde aus den Kolonien kommen; dieser sei da, aber er gebe nach Afrika, wenn er nicht in die Taschen von Zippelstich, Wernmann u. a. wendere. 1884 betragen die Ausgaben für Kolonien 400.000 Mark, 1895 6½ Millionen, 1905 20 Millionen und was für diesen Jahre betragen würden, wolle man am liebsten nicht betreten. Jedenfalls beuten die Verbilligungen dahin, daß wir in 2-3 Jahren wieder eine so famole sogenannte Steuerreform zu erwarten hätten. Nach langer Debatte um die Reichspolitik, der Reichspolitik, der Regierung, wies Reich auf die soziale Frage zu sprechen und polemisierte dagegen, daß die Sozialdemokratie sich als einzige Volkspartei anspreche. Er forderte die Erhebung der Volksbildung und den Ausbau der Schule entsprechend den Anforderungen der Zeit.

